Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 20 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 139. Montag den 19. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Montag, den 19. d. M., wird mit dem Abbruch der unter dem Durchgange durch das sog. Reichel'sche Vordergebäude nach der Dorotheenstraße zu befindlichen Gewölbe begonnen und deshalb von gedachtem Tage ab die **Dorotheenstraße** auf die Dauer der Arbeiten für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 17. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Herstellung, Anlieferung und Aufstellung des eisernen Oberbaues für das an Stelle der an der Nonnenmühle zu beseitigenden Wehre neu zu errichtende Stauwerk soll vorbehältlich der Zustimmung der Herren Stadtverordneten zur Ausführung dieses Bauwerkes an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und die Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 1.50 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Oberbau für das Wehr an der Nonnenmühle"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. Mai 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib 2493. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Ufermauern, der Brückenwiderlager und des Wehres an der Nonnenmühle soll, vorbehältlich der Zustimmung der Herren Stadtverordneten zur Ausführung dieser Bauwerke, an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 1 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Ufermauer-, Brücken- und Wehrbau an der Nonnenmühle"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. Mai 1890.

Ib 2493. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Anlieferung und Aufstellung des Geländers für die an der Nonnenmühle neu zu errichtenden Ufermauern soll vorbehältlich der Zustimmung der Herren Stadtverordneten zur Ausführung dieses Bauwerkes an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und die Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell im Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Geländer für die Ufermauern an der Nonnenmühle"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. Mai 1890.

Ib 2493. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurde laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein halbes ausgeschlachtetes **Rind,** 158½ Kilo schwer, am 6. d. M.;

2) ein halbes ausgeschlachtetes **Schwein,** 50 Kilo schwer, am 6. d. M.;

3) eine **Hose** und eine **Weste** von blaugestreiftem Kammgarnstoff und **2 Leihhausscheine** über einen vor mehreren Wochen versetzten Sommerüberzieher und eine silberne **Cylinder-Uhr,** vom 11. bis 12. d. M.;

4) eine silberne **Damen-Cylinder-Uhr** mit gerieften Rückseite mit kleinen Schildchen und darin eingravirtem Monogramm „N. S." sammt anhängender feingliedriger **Nickelkette** mit Quaste, am 12. d. M.;

5) ein ziemlich neues **Jacket** von dunkelblauem, schwarz- und weißgespritzeltem Stoff, mit schwarzem Futter, dunklen Hornknöpfen und breiten Aufschlägen mit schwarzem Atlas, **ein Lehrzeugniß** und sonstige **Legitimations-Papiere,** auf „Julius Marquardt" lautend, am 12. d. M.;

6) ein **Damenschirm** mit schwarzem, halbseidenem Bezug, gelbem Rohrstab und geschnitztem Elfenbeingriff, am 13. d. M.;

7) ein Paar ziemlich neue halblederne **Schaftstiefeln** mit Doppelsohlen und Stiftabsätzen, eine **braune Hose** mit blaugestreiftem Hosenträger und gelben Knöpfen, sowie eine **Weste** von demselben Stoff, am 14. d. M.;

8) ein schwarzer **Frack,** eine schwarze **Manns-Weste,** 8 neue **Frauen-Hemden** mit gefälteltem Spitzenbesatz und **12 Paar Frauenstrümpfe** (4 Paar blaue, 2 Paar dunkelbraune und 6 Paar blau-, roth- und weißgestreifte) vom 9. April bis 15. Mai a. c.;

9) ca. **28 m** doppelter **Stachel- oder Barrièren-Draht,** verzinnt, vom 14. bis 16. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 17. Mai 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. L.

Bekanntmachung.

Unsere Geschäftsstelle für **Baupolizei-Sachen** befindet sich vom **19. d. Mts.** ab im Grundstücke **Markt Nr. 14, 2. Et.,** was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, den 14. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1890 folgende, zum Theil auch von früher verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

drei goldene Ringe, darunter zwei **Trauringe** (einer mit Gravirung), eine Brosche mit blauem Stein, mehrere Armbänder, eine goldene und eine Stahlbrille, eine Korallenkette, ein Pfandschein des hiesigen Leihhauses, ein Lotterieloos der Pferde-Ausstellung, einige Kreidezeichnungen, ein Schulranzen mit Büchern, ein kleines Cigarren-Etui, zwei verschiedene Handtäschchen mit Häkel, zwei Stiftpfe und ein Paar Handschuhe, ein Stück Posamentenbesatz, drei Kragen und ein Paar Manschetten in einem Taschentuch; ein neues Barchentbund und ein Paar Socken in einem Taschentuch; zwei weißleinene Schürzen, eine rothe Damast-Tischdecke, ein Handkörbchen mit einem Paar neuen Kinderschuhen, ein Paar getragene Stiefeletten, ein Mädchenüberzieher, ein grauer Filzhut, eine Schüler- und eine andere Knabenmütze von blauem Sammet, ein Mädchen-Strickhut, eine neue dunkelwollene Pferdedecke, eine Waggonlaterne, ein Drillich, eine Zange, zwei Schlosser-Hammer; eine große neue Eisenleiter (bereits Ende März gestohlen) **15 m** verzinnter **Eisendraht; ein 2- und ein 4räderiger Handwagen,** ein Spaziergock, mehrere Schirme, ein gröberes Portemonnaie mit Doppelbügel, eine Anzahl Portemonnaies mit **20 ℳ 3 ₰, 8 ℳ 70 ₰, 5 ℳ 9 ₰, 3 ℳ 67 ₰** und geringeren Beträgen, zwei Geldbeträge von je 3 ℳ, darunter ein Krönungsthaler; eine Anzahl Schlüssel, endlich eine zugelaufene Henne.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Leipzig, am 16. Mai 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mk.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Montag, den 19. Mai, Abends 6 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

Verschiedene Wahlen, namentlich zweier Abgeordneten zum diesjähr. Aerztevereinstag. — Standesangelegenheiten. — Krankencassenangelegenheiten.

Dr. Henriet.

Leipzig, 19. Mai.

* Wie nunmehr aus Kiel gemeldet wird, steht es fest, daß der Kaiser gegen den 25. Juni seine Nordlandsreise von Kiel aus auf der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern" antritt. Das Uebungsgeschwader wird den Kaiser auf dieser Reise begleiten.

* Die Berathungen, welche seit längerer Zeit über den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich (erste Lesung) auf der Grundlage einer bestimmten Anzahl von seitens des Reichskanzlers an die einzelnen Bundesregierungen gerichteten Fragen im preußischen Justizministerium unter Zuziehung von richterlichen Beamten aus den verschiedenen Rechtsgebieten Preußens stattfinden, sind dem „Preußischen Literaturblatt" zufolge soweit fortgeschritten, daß in der Mitte des vorigen Monats mit der Berathung des Familienrechts hat begonnen werden können. Zu dieser Berathung sind der Oberlandesgerichtsrath Dr. Fabricius aus Celle, der Oberlandesgerichtsrath Remelé aus Köln und der Kammergerichtsrath Schultzenstein aus Berlin einberufen. Die Leitung derselben bis dahin, wo die Berathung im gesammten Justizministerium unter dem Justizminister selbst eintritt, hat der Präsident der Justizprüfungscommission, Professor Dr. Stölzel.

* Anläßlich des Handschreibens des Prinzregenten Luitpold von Bayern beschloß eine Versammlung von Vertrauensmännern den Katholikentag in diesem Jahre nicht in München abzuhalten, den Fürsten Loewenstein die Festsetzung des Ortes freizustellen und den Erzbischof zu ersuchen, dem Prinzregenten den Sachverhalt zu unterbreiten. Dieses Schreiben des Prinzregenten aber zeigt aufs Neue, in welcher Richtung sich die von einem einzigen Puncte planmäßig geleitete, mit katholisch-kirchlicher Flagge sich deckende politische Agitation in Deutschland bewegt. Nicht der Autorität dient sie, sondern sie richtet sich gegen jede Autorität, außer der der eigenen Führer. Nicht der staatskirchliche Friede ist ihr Ziel, sondern der staatskirchliche Widerstreit ihr Lebenselement. Wie sehr man sich in diesem Bestreben bemüht, sich päpstlicher als der Papst zu zeigen, ist aus den Verhandlungen im preußischen Landtage über die Verwendung des Sperrgelderfonds bekannt. Daß diese Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden sollten, selbst wenn dies erst nach Pfingsten sich ermöglichen lassen würde, darf als sicher angesehen werden. Dagegen wird man gut thun, Nachrichten über angebliche definitive Beschlüsse der Centrumspartei gegenüber Vorsicht zu gebrauchen. Wenn insbesondere die Nachricht verbreitet wird, daß das Centrum den Gesetzentwurf ablehne, so wird dem wohl in der Hauptsache nur die Absicht zu Grunde liegen, dem Streben vorzuarbeiten, für jetzt einen Abschluß zu verhindern und die Sache in der Schwebe zu lassen. Auch die Vorgänge, welche seit den bekannten Mittheilungen Herrn von Goßler's bei der Commissionsberathung sich abspielten, lassen es als unzweifelhaft erscheinen, daß ein ablehnendes Votum gegenüber den Vorschlägen der Regierung in der Auffassung der Curie keine Stütze finden würde. Eine baldige Abstimmung würde daher unter für die intransigente Auffassung sehr bequemen Umständen erfolgen, während, wenn sie verschoben wird, das Wort bleibt: „interdum aliquid fit."

* Der „Deutsche Reichsanzeiger" schreibt: „Die kürzlich in dem Verlage des königlichen Hof-Kunsthändlers Kay in Cassel erschienene Broschüre: „Vidoant consules" trägt auf dem Titelblatt die Abbildung des königlichen Wappens. Dem Verleger stand nicht das Recht zu, die Broschüre mit diesem Wappen zu versehen. Es ist nöthig, dies ausdrücklich zu constatiren, um jede auf diese mißbräuchliche Verwendung des königlichen Wappens sich etwa gründende Vermuthung eines amtlichen Ursprungs der Broschüre auszuschließen."

* Der Kaiser hat von dem Divisionspfarrer der 8. Division, Erich Schild in Torgau, dem Verfasser des Buches „Der Preußische Feldprediger" (dessen 2. Band unlängst im Verlage von Eugen Strien in Halle a. S. erschien), ein Exemplar des Werkes huldvoll entgegenzunehmen geruht und dem Verfasser durch den Chef des Militaircabinets besten Dank aussprechen lassen. — Ferner gingen dem Verfasser in Bezug auf sein Buch die folgenden Schreiben zu:

Berlin, den 19. März 1890.

Kriegsministerium.

Euer Hochehrwürden sage ich meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Zusendung des 1. und 2. Bandes „Der Preußische Feldprediger", Ihres interessanten und für die Geschichte der Militairseelsorge werthvollen Werkes. Ich werde, sobald es meine Dienstgeschäfte gestatten, gern und mit Interesse der Lectüre Ihrer geschätzten Arbeit näher treten.

Mit besonderer Hochachtung bin ich

Euer Hochehrwürden ergebener
gez. v. Verdy.
General der Infanterie und Kriegsminister.

Berlin, den 16. April 1890.

Chef des Generalstabes der Armee.

Euer Hochehrwürden danke ich verbindlichst für die durch gefälliges Schreiben vom 17. März d. J. erfolgte Uebersendung Ihres Werkes „Der Preußische Feldprediger". Ich habe mit großem Interesse von seinem Inhalt Kenntniß genommen und daraus ersehen, daß derselbe einen werthvollen Beitrag zur Preußischen Heeresgeschichte bildet.

Ich wünsche dem Werke recht viele Leser, damit auch hierdurch die Ueberzeugung gefestigt werde, daß nur eine Armee, in der ein ernster christlicher Geist lebt, befähigt ist, den Erwartungen zu entsprechen, die König und Vaterland in sie zu setzen berechtigt sind.

gez. Graf von Waldersee.

* Nach Vornahme der Delegationswahlen, bei welchen aus Böhmen auch die Vertreter der Deutschen Pleuer, Ruß, Baernreither und Stöhr gewählt wurden, drückte der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Smolka dem Vicepräsidenten Chlumecky die Glückwünsche zu seiner Genesung im Namen des Hauses aus, sowie den Dank für seine Hingebung und volle Amtsführung. Hiermit wurde die Sitzung vor den Ferien geschlossen.

* Der Große Rath in Genf hat die Vorlage betreffend eine Anleihe von zehn Millionen Francs nach längerer Berathung genehmigt. Die außerordentliche Session des Großen Rathes ist am Donnerstag geschlossen worden, die ordentliche wird am 19. d. stattfinden. Durch die mit 48 gegen 40 Stimmen erfolgte Annahme des Antrags Pictet ist das Aemterhäufungs- oder Unvereinbarkeits- (Incompatibilitäts-) Gesetz zu Fall gebracht. Anstatt alle Beamten vom Großen Rathe auszuschließen, wie der Gesetzentwurf beabsichtigte, ist nun nur bestimmt, daß jedes Mitglied des Großen Rathes, welches eine vom Staate besoldete Stelle annimmt, sich innerhalb sechs Wochen einer Wiederwahl zu unterziehen hat. Die Liberalen hoffen, daß dieser Beschluß vom Volke verworfen und ein Gesetz in dem ursprünglich beabsichtigten Sinne doch noch zu Stande kommen werde. — Am 15. d. M. wurden die beiden neuen Linien der schmalspurigen Eisenbahn von Genf nach Ferney in Frankreich und Genf-Chatelaine dem Betrieb übergeben.

Marine.

* Berlin, 17. Mai. S. M. Kreuzercorvette „Sophie", Commandant Corvetten-Capitain Herbing, beabsichtigt am 18. Mai cr. von Hongkong nach Amoy in See zu gehen.

* Paris, 17. Mai. An Stelle Du Petit-Thouars ist Admiral Duperre, Seepräfect in Toulon, zum Commandanten des Mittelmeer-Geschwaders ernannt worden.

Colonialpolitisches.

* Hamburg, 16. Mai. Mit dem heute abgehenden Dampfer der Wörmannlinie schiffte sich der bereits früher mit Premierlieutenant Schulz im Congogebiet gewesene Dr. Büttner nach dem Togogebiet ein, woselbst er in die Station Bismarcksburg als wissenschaftliches Mitglied eintritt. Mit demselben Dampfer ging auch im Regierungsauftrage der Pflanzer Goldberg nach Kleinpopo ab, ferner zwei Diakonissinnen nach Quitta.

* Den „Hamburger Nachrichten" wird geschrieben: Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Ostafrika mußte sich Major Liebert sofort zum Kaiser begeben. Es war dies gelegentlich der Besichtigung in Spandau. Major Liebert wurde, nachdem er sich gemeldet hatte, sofort vom Kaiser zum Mittagsmahl geladen, bei dem er dem Kaiser gegenüber saß und Gelegenheit hatte, dem Kaiser in ungezwungener Weise einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Die Dinge hatten für den Kaiser einen solchen Reiz, daß er Liebert zwei Tage darauf ins Palais zum Thee befahl, wozu Liebert alles Material, Pläne, Karten, Tabellen über Handel, Klima, Unterbringung der Truppen, Gesundheitszustand, Organisation rc. mitbringen mußte. Der Kaiser sah sich Alles mit großem Interesse an, behielt den Hauptplan zurück und befahl Liebert zum dritten Male zu sich. Diese dritte Audienz wird in diesen Tagen stattfinden. Inzwischen will der Kaiser den Hauptplan eingehend studiren. Der Kaiser äußerte u. A., er würde gern eine Compagnie Sudanesen nach Berlin kommen lassen. Der Anblick einer solchen Mustertruppe werde manches Vorurtheil besiegen. Major Liebert schilderte die Sudanesen als eine militairische Kaste, welche unverbrüchlich an ihrem Kriegshandwerk festhalte. Die Sudanesen seien vorzügliche Soldaten, sobald sie unter guter Führung ständen, kräftig, treu, muthig, ausdauernd. Unter den Wißmann'schen Truppen befänden sich noch Leute, welche gegen unsere Moltke, als er noch in der Türkei war, gefochten hätten, Männer von mehr als 60 Jahren, die allen militairischen Strapazen gewachsen wären, und bis zum Tode Soldaten blieben. Andere hingegen hätten unter den Engländern, Egyptern und Türken und ungesetzt gegen dieselben gefochten. Die Sudanesen seien die Landsknechte des Orients, trennten sich aber nur sehr ungern oder gar nicht von ihren Waffen, die ebenso hässlich wären, wie die Männer schön. Wollte der Kaiser eine Compagnie Sudanesen nach Berlin kommen lassen, so müßte er — meinte Major Liebert — die Weiber mit in Kauf nehmen. Das schien dem Kaiser aber bedenklich, er ließ den Plan fallen schon wegen der damit verknüpften Kosten.

* Berlin, 17. Mai. Herr v. Gravenreuth ist, wie schon gemeldet, mit Urlaub hier eingetroffen. Wenn sein Besuch auch nicht durch die neuen Forderungen für colonialen Zwecke veranlaßt worden ist, so könnte er doch herangezogen werden, falls sich im weiteren Verlaufe der Berathungen ein Zurückgreifen auf das Urtheil und die Beobachtungen eines langjährigen Kenners und Beobachters der ostafrikanischen Verhältnisse als nothwendig erweisen sollte. Herr v. Gravenreuth ist bekanntlich aus Baiern gebürtig und stand ursprünglich in Diensten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, aus denen er bei Beginn der Wißmann'schen Operationen in Reichsdienste übertrat. Er gehört zu dem Theile der ehemaligen Beamten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, der, wie Herr v. Bennigsen neulich schon hervorgehoben, durch sein Verhalten auf das Glänzendste bewiesen hat, wie unrecht es war, dieselben in Bausch und Bogen zu verurtheilen.

Socialpolitisches.

* Im Reichs-Versicherungsamte ist dieser Tage eine Arbeit zum Abschluß gelangt, deren Beginn in das Jahr 1887 fällt. Im Einvernehmen mit den Vorständen der Berufsgenossenschaften wurde um die Mitte des genannten Jahres vom Reichsversicherungsamte die Aufstellung einer einheitlichen Statistik über die von den Genossenschaften im Jahre 1887 entschädigten Unfälle in die Wege geleitet. Dieselbe sollte gleichsam eine Fortsetzung der zur Beschaffung einer Unterlage für das damals geplante Unfallversicherungsgesetz im Jahre 1881 angestellten Erhebung über die Zahl und Schwere der im Deutschen Reiche in den verschiedenen Gewerbezweigen vorkommenden Unfälle bilden und insbesondere der Unfallverhütung, also der vornehmsten Pflicht der Berufsgenossenschaften, Dienste leisten. Die Statistik ist nunmehr zur Veröffentlichung gelangt. Sie bringt in einer zahlenmäßigen Zusammenstellung der im Jahre 1887 entschädigten Unfälle die Natur der letzteren nach der Zeit und der Gelegenheit, nach den Ursachen und Folgen, unter Berücksichtigung aller Nebenumstände zum Ausdruck und vermittelt einen Austausch der bei den einzelnen Berufsgenossenschaften gemachten einschlägigen Wahrnehmungen. Sie umfaßt 62 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 319 453 versicherten Betrieben und 3 891 560 versicherten Personen. Die Zahl der für sie in Betracht gekommenen entschädigungspflichtigen Unfälle beläuft sich auf 15 970.

Es ist nicht möglich, in einem engen Rahmen ein vollständiges Bild der Ergebnisse dieser Statistik zu geben; wir möchten deshalb nur einige der letzteren zur Darstellung bringen. So vertheilen sich die Unfälle, bei allen Betrieben durcheinander gerechnet, auf die Monate des Jahres ziemlich gleichmäßig; dem am stärksten belasteten Monat October mit 1 479 Unfällen steht der Februar mit der geringsten Zahl von 1 198 Unfällen gegenüber. Somit sind im Allgemeinen die Wintermonate unfallreicher als die Sommermonate, und wird der Ausgleich nur hergestellt durch die größeren Unfallzahlen im Sommer bei dem Baugewerbe- und dem Binnenschiffahrtsbetriebe. Unter den Wochentagen zeigen der Montag, der Freitag und Sonnabend eine Zunahme der Unfälle. Von den Tageszeiten sind die Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr und die Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr in höherem Maße mit Unfällen belastet. Für Montag Vormittag von 9 bis 12 Uhr tritt eine weitere durchschnittliche Steigerung um 0,84 Proc. und für Sonnabend Nachmittag von 3 bis 6 Uhr eine solche um 4 Proc. ein. Von den entschädigten Unfällen kommen auf Verletzungen durch Maschinen 26,84 Proc., auf anderweite Verletzungen 73,16 Proc. Bei den 4287 durch Maschinen hervorgerufenen Verletzungen nehmen der Zahl nach die Arbeitsmaschinen mit 2803 Unfällen die erste Stelle ein. Es folgen die Fahrmühle, Aufzüge rc. mit 899 Unfällen, die Transmissionen mit 339 und die Motoren mit 216. Die schwersten Folgen hatten die Unfälle bei der Schiffahrt; 74,05 Proc. derselben verliefen tödtlich. Von den Unfällen beim Betriebe der Dampfkessel, Dampfmaschinenanlagen verliefen 48,00 Proc., von denen beim Umgang mit feuergefährlichen, heißen und ätzenden Stoffen 34,31 Proc. tödtlich. Als Ursachen der Unfälle ergaben sich: den Unternehmern zur Last fallend wegen mangelhafter Betriebseinrichtungen, seiner oder ungenügender Anweisung, Fehlen von Schutzvorrichtungen 19,76 Procent, den Arbeitern zur Last fallend wegen Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen, Handeln wider Vorschrift, Leichtsinn, Ungeschicklichkeit, Unachtsamkeit, ungeeignete Kleidung 25,64 Proc., theils den Unternehmern, theils den Arbeitern zur Last fallend wegen Fehlen von Schutzvorrichtungen rc. und Unachtsamkeit der Arbeiter rc. zugleich, Schuld von Mitarbeitern 7,73 Proc. Die übrig bleibenden 46,87 Proc. hatten andere oder nicht zu ermittelnde Ursachen. Ein Theil hatte seine Ursache in der Gefährlichkeit des Betriebes an sich, so daß einstweilen eine Verhütung derselben im Bereiche der Möglichkeit nicht zu liegen scheint. Jedoch ist auch diesen Zahlen erschöpfend, daß bei der Unfallverhütung offen stehende Gebiet immerhin ein beträchtliches ist.

Aus dem Reichstage.

§§ Berlin, 17. Mai. Die Reichstagscommission zur Vorberathung der Militairvorlage ist heute nach der Plenarsitzung gewählt worden und hat sich folgendermaßen constituirt: Vors. Abg. v. Kardorff (Reichspartei), Stellv. Dr. Orterer (Cent.), Schriftführer: Frhr. v. Hurt-Bereuberg (Centrum), Payer (Volkspartei) und Schippel (Soc.-Dem.) ferner gehören der Commission an: Nationalliberale: Dr. v. Bennigsen, Dr. Buhl, Dr. Oham; Deutschconservative: v. Manteuffel, Frhr. v. Friesen, Graf Holstein, v. Liebell-Maichow; Centrum: Gröber, Dr. Lieber, Reindl, Dr. Windhorst, Graf Ballestrem, Frhrn. Frh. v. Huene; der Pole Graf Kwilecki; Reichspartei: Graf Behr; Deutschfreis.: Richter, Rickert, Hermes, Hinze; Volkspartei: Payer; Soc.-Dem.: Liebknecht und Meister.

* Das erste Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen ist erschienen. Es befinden sich darunter eine große Reihe von Petitionen um Abschaffung des Impfzwanges, um Ermäßigung des Zolles für die zur Gastabrikation verwendeten Oele und Celerialien, um Einführung des Tabakmonopols oder um Ermäßigung der Tabaksteuer unter gleichzeitiger Erhöhung des Tabakzolles, um Erlaß einer Novelle zum Patentgesetz, um Herabsetzung der Militairdienstzeit auf zwei Jahre u. a.

Preußischer Landtag.

§§ Berlin, 17. Mai. Im Abgeordnetenhause hat die nationalliberale Partei folgende wichtige Resolution zum Nachtragsetat beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, die durchaus nothwendige allgemeine Neuregelung der Beamtengehälter nicht auf Grund der zufälligen Ueberschüsse eines einzelnen Etatsjahres, sondern der Bedürfnißfrage entsprechend vorzunehmen und deshalb in dem Etat des Jahres 1891/92 diejenige allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter vorzusehen, welche erforderlich erscheint, um dem Beamtenthum in Preußen eine seinen Traditionen entsprechende Stellung, unter Berücksichtigung der in allen Schichten der Gesellschaft verbesserten Lebenshaltung zu sichern."

* Das Abgeordnetenhaus berieth heute in zweiter Lesung den Nachtragsetat bezüglich der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen. Es ist dazu eine ganze Reihe von Resolutionen eingegangen, deren Erörterung aber der dritten Lesung vorbehalten werden soll. Die Debatte nahm einen ziemlich weiten Umfang an und es wurden noch die verschiedenartigsten Wünsche über die Regierungsvorlage bezw. die Commissionsanträge hinaus vorgebracht. Auf eine Anfrage bestätigt der Minister v. Berlepsch, daß die Ueberführung der unteren Werkbeamten auf den fiscalischen Gruben in ein Staatsbeamtenverhältniß in Aussicht genommen sei. Anstatt des Systems der Stellenzulagen wurden von dem Abg. Dr. Sattler und Brömel Dienstalterszulagen empfohlen, von dem Vertreter der Regierung bei Alterszulagen empfohlen, von dem Vertreter der Regierung aber bekämpft. Mit den Anträgen der Commission erklärte sich